



Ausgabe Nr. 80 - Dezember 2009

Sanierung von Schulen

„Energieeffiziente Schule“, so heißt das Projekt, mit dem die EnBW den Städten und Gemeinden im Land die energetische Modernisierung ihrer Schulgebäude anbietet. Nach einer mittlerweile abgeschlossenen zweijährigen Probephase an drei sanierten „Pilotschulen“ in Meßstetten, Rheinstetten und Stutensee wurden die von der EnBW im Vorfeld garantierten Energieeinsparungen von bis zu 43 Prozent tatsächlich erreicht. „Angesichts des Sanierungsstaus an Stuttgarter Schulen von über 320 Millionen Euro begrüßen wir die Absicht der EnBW, ihr Projekt auf weitere Schulen in Baden-Württemberg auszudehnen“, erklärt der Sprecher der CDU im Verwaltungsausschuss, Jürgen Sauer.

Deshalb hat die CDU-Fraktion jetzt die Stadtverwaltung in einem Antrag aufgefördert, rasch in Gesprächen mit der EnBW eine Beteiligung der Landeshauptstadt an diesem Projekt mit einer Auswahl geeigneter



Stadttrat
Jürgen Sauer

Stuttgarter Schulen sicherzustellen und in den laufenden Haushaltsplanberatungen darüber zu berichten, damit noch vor Weihnachten ein Beschluss des Gemeinderates zur Umsetzung gefasst werden kann. „Unabhängig vom Angebot der EnBW erwarten wir von der Stadtverwaltung, alle notwendigen Sanierungsmaßnahmen am Vaihinger Hegel-Gymnasium, der Silber-/ Haldenrainsschule in Zuffenhausen und der Tiefenbachschule in Rohracker mit Hilfe eines Energie-Contractings in die Wege zu leiten“, sagt Jürgen Sauer und betont, dass innerhalb des notwendigen Ausschreibungsverfahrens für ein solches Contractingmodell der dann ausgewählte Dienstleister neben der Einhaltung der Baukosten auch die Höhe der Energieeinsparung über die gesamte Laufzeit des abzuschließenden Vertrages garantieren müsse.

KURZ INFORMIERT

Stuttgart 21 – eine gute Perspektive

Die Bürger informieren und „mitnehmen“

Inzwischen hat die Stadt eine Bürgerbeauftragte für das Projekt Stuttgart 21. Das ist gut so. Denn, wie die CDU in der Vergangenheit immer wieder angemahnt hat, müssen die Menschen in dieses Zukunftsprojekt besser eingebunden werden. „Ich bin



Der Stuttgarter Hauptbahnhof

sicher, dass durch die verbesserte Kommunikation hin zu den interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Vorbehalte gegenüber Stuttgart 21 abnehmen und dessen Vorteile vermehrt überzeugen“, so Fraktionsvorsitzender Fred-Jürgen Stradinger. Es geht um Aufklärung, das heißt darzulegen, welche Chancen sich gerade für Stuttgart durch das Bahnprojekt ergeben. Das beinhaltet, Sorgen ernst zu nehmen und Fragen profund zu beantworten. Dieser Aufgabe stellt sich ganz konkret die neue Bürgerbeauftragte, die im Team des von Wolfgang Drexler MdL geleiteten Kommunikationsbüros des Bahnprojekts Stuttgart-Ulm arbeitet. „Eine solche Anlaufstelle, die die Interessen der Stadt vertritt, ist sinnvoll und deshalb begrüßenswert“, erklärt Fred-Jürgen Stradinger.

Die CDU setzt auf die positive Entwicklungsmöglichkeit der Stadt durch Stuttgart 21 – nicht nur in verkehrlicher, sondern ebenso in wirtschaftlicher, ökologischer und städtebaulicher Hinsicht. Dass dabei auch die Kosten nicht aus dem Ruder laufen dürfen, ist selbstredend. Das Projekt ist durchkalkuliert – es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass es den Kostenrahmen von 4,5 Milliarden Euro einschließlich der Risikoabsicherung von 1,4 Milliarden Euro überschreiten wird, so dass das Projekt nun hoffentlich bald auf Baustelle gehen kann. „Lassen Sie uns also gemeinsam und konstruktiv an die Umsetzung des Bahnprojekts herangehen. Umfassende Informationen wie sie etwa die gelungene Ausstellung im Rathaus oder im Bahnhofsturm und auch die Anlaufstelle mit der neuen Bürgerbeauftragten bieten, gehören dazu“, sagt Stadttrat Fred-Jürgen Stradinger.

Gewerbeflächen in Stuttgart

Eine Studie der IHK Region Stuttgart zeigt die Beweggründe von Unternehmen für eine Standortverlagerung auf. Einflussfaktoren dafür sind vor allem die Verfügbarkeit und der Preis von Gewerbeflächen, die Anbindung an das überregionale Straßennetz sowie die Attraktivität des ÖPNV.

Von ganz herausragender Bedeutung ist offensichtlich das Angebot an Gewerbeflächen. Nimmt dieses ab, sind Unternehmen geneigt abzuwandern. Bemerkenswert ist weiter, dass die „Stadtflucht“ von Gewerbe- und Industrieunter-



Stadtrat Dieter Wahl

nehmen bei abnehmender Tendenz dennoch anhält und damit vorrangig Stuttgart als Kern der Region trifft. „Dies lässt vermuten, dass die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Stuttgart abnimmt, was so aber nicht sein darf“, so der Sprecher der CDU im Ausschuss für Umwelt und Technik, Dieter Wahl. Eine solche Entwicklung sei vor allem deshalb besorgniserregend, da die Prosperität einer Großstadt wesentlich davon abhängt, dass Unternehmen aller Art und Größe zu ihrem Standort stehen und den Menschen eine Vielzahl von Arbeitsplätzen unterschiedlicher Qualifikationsstufen bieten.

Mit der Intention, den Unternehmen gute Rahmenbedingungen geben zu können, hat die CDU-Fraktion die Stadtverwaltung gefragt, wie sich die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen, auch unter preislichen Gesichtspunkten, in den letzten 15 Jahren verändert hat, in welchem Umfang Gewerbeflächen zu Gunsten anderer Nutzungen aufgegeben wurden und wie sich die Zahl der Arbeitsplätze in den verschiedenen Branchen entwickelt hat. „Auch die baurechtlichen Vorgaben ob ihrer Unternehmensfreundlichkeit interessieren uns“, so Stadtrat Dieter Wahl, und welche Gewerbeflächen binnen welcher Zeit ansiedlungswilligen Unternehmen zur Verfügung stünden.

Handwerkerfreundlich

Im Zusammenhang mit der geplanten Einführung eines Parkraummanagements in Stuttgart-West, das das Parken in Wildwest-Manier und den Parksuchverkehr mit dessen negativen Folgen für die Umwelt und die Wohnqualität zeitigen soll, sind Sonderregelungen vorgesehen, um das Konzept wirklich praxistauglich zu machen. So sollen etwa Handwerksbetriebe ohne Stellplatz auf dem Firmengelände einen Parkausweis erhalten, der von den jeweiligen Betriebsangehörigen genutzt werden kann. Außerdem soll eine gesamtstädtische Gebührenregelung zu Ausnahmegenehmigungen für Handwerker und soziale Dienste eingeführt werden, da diese Firmen und Organisationen im gesamten Stadtgebiet tätig sind.

Die CDU-Fraktion hat hierzu weitere Detailregelungen gefordert. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander Kotz erläutert: „Es soll ein Parkausweis eingeführt werden, der den Fahrzeugen das Parken in den Bereichen der Parkraumbewirtschaftungsflächen und Kurzzeitparkzonen des neuen Parkraummanagements West sowie in allen Bereichen von Parkuhren und Parkscheinautomaten, in Bewohnerparkgebieten sowie im eingeschränkten Halteverbot, im ge-



Stadtrat Alexander Kotz

samten Stadtgebiet ermöglicht.“ Der Parkausweis solle in einer fahrzeuggebundenen sowie in einer übertragbaren Version angeboten werden und neben einer Laufzeit von einem Jahr auch für kürzere Zeiträume zu beantragen sein. Zwischenzeitlich wurde seitens der Stadtverwaltung signalisiert, dass mit so genannten Pauschal- und Einzelfalllösungen den CDU-Forderungen im Wesentlichen entsprochen wird. „Das ist ein toller Erfolg, denn die Möglichkeit des Haltens und Parkens im Stadtgebiet für Unternehmer verringert die Zeit für die Parkplatzsuche, was den Kunden finanziell entlastet“, so Stadtrat Alexander Kotz.

Neue Anträge der CDU

- **Hotelsituation in der Landeshauptstadt Stuttgart**
27.11.09 Nr. 697/2009
- **Kein Zockerparadies Stuttgart!**
23.11.09 Nr. 691/2009
- **Halten und Parken für Handwerker und soz. Dienste**
12.11.09 Nr. 678/2009
- **Feldschutz während der Traubenreife**
06.11.09 Nr. 674/2009
- **Wohnbebauung auf Gelände der Gärtnerei Walz**
mit Grüne, SPD, Freie Wähler
04.11.09 Nr. 670/2009
- **"Cafe Alberta" in Verbindung mit der Einrichtung "Wilde 13" und Mentoren für Jugendliche (MefJu)**
29.10.09 Nr. 649/2009